
2025/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 01.03.2017

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Dr. Marcus FRANZ**
Kolleginnen und Kollegen
betreffend „**Nationaler Aktionsplan Darmgesundheit**“

Ein flächendeckendes Programm zur Vermeidung von Dickdarmkrebs scheint aufgrund der jährlichen Neuerkrankungen in diesem Bereich unumgänglich. Tatsächlich erkranken im Jahr ca. 5000 Personen in Österreich an Dickdarmkrebs. Die Sterblichkeitsrate bei dieser Erkrankung liegt bei ca. 50 Prozent. Durch ein gezieltes Vorsorgeprogramm, welches auch eine präventive Aufklärung beinhalten muss, könnten Darmkrebskrankungen vermehrt verhindert oder bei Entdeckung und Erkennung im Frühstadium sogar geheilt werden.

Eine Studie aus Vorarlberg gibt diesbezüglich einen tiefen Einblick über die Vorsorgeuntersuchungen und deren Wirksamkeit. In den Jahren 2007 bis 2015 wurde in Vorarlberg ein Programm eingeführt, welches sehr gute Erfolge erzielte. Im Zuge dieses Programms wurde bei 30.501 Menschen ab 50 Jahren eine Vorsorgeuntersuchung durchgeführt. Bevor dieses Programm in Vorarlberg eingeführt wurde, wurde bei jedem zweiten diagnostizierten Fall bereits Metastasen nachgewiesen. Durch die Vorsorgeuntersuchung konnte so die Sterblichkeitsrate auf zumindest 40 Prozent gesenkt werden.

Durch die Einführung eines flächendeckenden nationalen Aktionsplans zur Darmgesundheit, könnte man jährlich Hunderte Todesfälle verhindern. Ein solcher Plan muss ein Früherkennungsprogramm ebenso wie eine gezielte Darmkrebsvorsorge beinhalten. Eine ausreichend präventive Aufklärung soll diesen „Aktionsplan Darmgesundheit“ vorausgehen und abrunden. Die Erkennung von Karzinomen im Frühstadium ist die Voraussetzung für eine hohe Heilungschance.

Neben dem gesundheitlichen Aspekt, spielt natürlich auch der ökonomische Gesichtspunkt eine tragende Rolle. Laut Auskunft der Ärztekammer Vorarlberg kostet eine Behandlung von bereits metastasiertem Darmkrebs durchschnittlich 230.000 Euro. Aufgrund der in Vorarlberg durchgeföhrten Kosten-/Nutzenrechnung in diesem Bereich kann man von einem Einsparungspotenzial von 4,5 Milliarden Euro innerhalb von zehn Jahren ausgehen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher die Einführung eines Krebsfrüherkennungsprogramms vorsieht um damit den Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention Rechnung zu tragen. Dieser „nationale Aktionsplan Darmgesundheit“ sollte geeignete Strategien beinhalten um eine flächendeckende Früherkennung bei Darmkrebserkrankungen zu gewährleisten und dadurch die Mortalität zu senken.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.